

Marianne Demmer
02.04.2007

Kein Grund zum Jubeln

GEW-Informationen zur Pressemeldung des Statistischen Bundesamtes vom 02.04.2007 „Mehr Absolventen mit Hochschul- und Fachhochschulreife“.

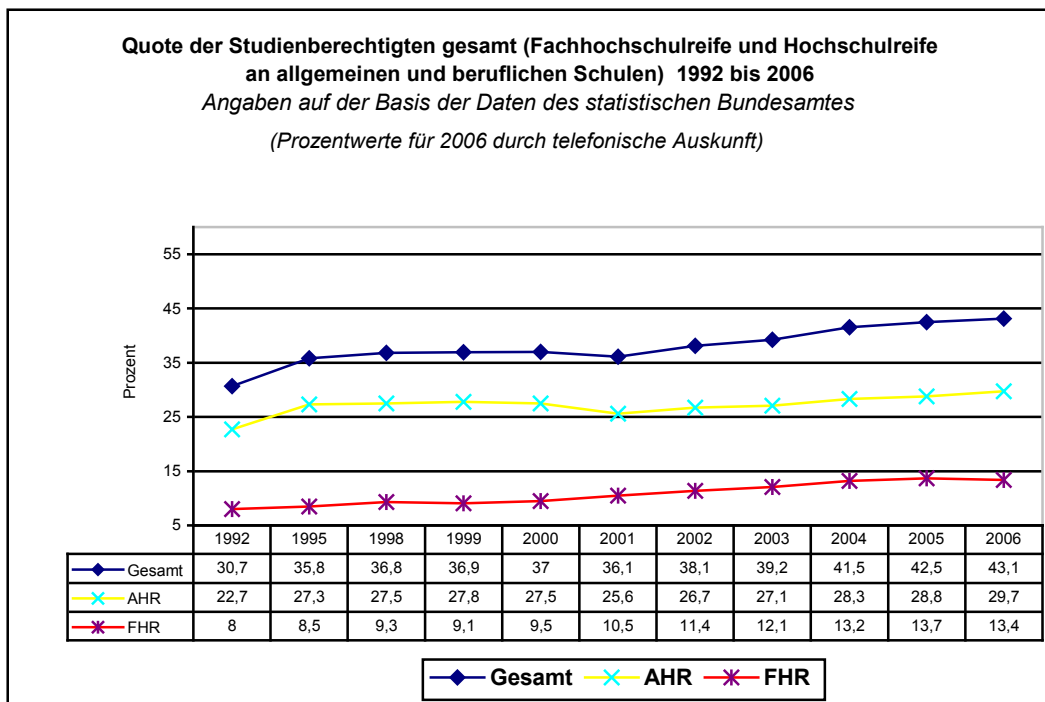
Bei flüchtiger Betrachtung kann durch die Meldung des Statistischen Bundesamtes der (falsche) Eindruck erweckt werden, als sei Deutschland mit großen Schritten dabei, seinen internationalen Rückstand in Bezug auf den Anteil der Studienberechtigten aufzuholen. Es wird mit enormen Steigerungsraten jongliert, die sich jedoch alle auf absolute Zahlen beziehen. Da die Schülerzahlen in den letzten Jahren absolut gestiegen sind, kann man jedoch logischerweise auch bei den Absolventen mit Hochschulreife mit steigenden Zahlen rechnen. Ob Deutschland allerdings tatsächlich im internationalen Vergleich aufholt, darüber kann nur die *Quote* der Studienberechtigten Auskunft geben. Wie bereits in den Jahren zuvor fehlt diese aber in den Mitteilungen des Statistischen Bundesamtes. Die Studienberechtigten-Quote bezeichnet den Anteil der Absolventen mit Fachhochschul- oder Hochschulreife an der gleichaltrigen Bevölkerung.

Vergleicht man diese Quote, so besteht auch am Ende des Schuljahres 2005/2006 kein Grund zur Entwarnung. Mit 43,1 Prozent* liegt sie nur leicht über der des Schuljahres 2004/2005 mit 42,5 Prozent. Der Anteil der Absolventen mit Fachhochschulreife ist sogar leicht gesunken von 13,7 Prozent (2004/2005) auf 13,4 Prozent (2005/2006)*. Der Anteil mit allgemeiner Hochschulreife ist von 28,8 Prozent auf 29,7 Prozent gestiegen.

Diese Entwicklung rechtfertigt keine Jubelmeldung. Die Kultusminister aller Bundesländer müssen sich nach wie vor – endlich (!) – dem Problem stellen, dass das deutsche Schulsystem im internationalen Vergleich viel zu wenige Menschen mit Studienberechtigung hervorbringt. Es ist höchste Zeit, diese Frage systematisch anzugehen und Pläne zu entwickeln, wie die Quote der Studienberechtigten in Deutschland ohne Qualitätsverlust gesteigert werden soll. Ansonsten droht Deutschland dauerhaft den Anschluss an die internationale Entwicklung zu verlieren. Auch mit Quoten von etwas über 40 Prozent ist Deutschland immer noch weit entfernt vom OECD-Durchschnitt von knapp 60 Prozent (Frauen 60 Prozent, Männer 54 Prozent), ganz zu schweigen von Ländern wie Australien, Finnland oder Schweden, die Anteile von nahezu 80 Prozent erreichen.

Seit 1995 ist durchschnittlich eine jährliche Steigerung von ca. 0,6 Prozentpunkten zu verzeichnen. Ginge es in diesem „Tempo“ weiter, wäre der Anschluss an den internationalen Standard in ca. 30 Jahren erreicht – vorausgesetzt, die anderen Länder stagnieren und „warten auf Deutschland“. Selbst wenn die Zuwächse ab jetzt jährlich zwei Prozentpunkte betrügen, wäre ein Gleichstand erst in zehn Jahren erreicht. Betrachtet man allerdings die bisherige Entwicklung, kann man nicht unbedingt von einem kontinuierlichen Anstieg ausgehen. Die Quote der Studienberechtigten unterliegt im Zeitverlauf erheblichen Schwankungen und ist von bildungspolitischen Debatten nicht unabhängig.

* Nach Auskunft des Statistischen Bundesamtes



Fazit: Die Zunahme der Studienberechtigten ist viel zu gering, um international anschluss- und wettbewerbsfähig zu werden. Zwar wird bis 2008 die abiturfähige Bevölkerung noch weiter zunehmen – es wird also vermutlich ein weiteres demografisch bedingtes Ansteigen bei den absoluten Zahlen der Studienberechtigten geben. Danach allerdings zeigen die Prognosen einen deutlich rückläufigen Trend. Allein um die heutigen Absolventenzahlen zu erreichen, müsste in den nächsten 10 Jahren die Quote der Studienberechtigten auf über 60 Prozent steigen. Darin ist der Nachholbedarf noch nicht enthalten.

Die bisherige Entwicklung macht wenig Hoffnung

Fragt man sich, wie diese Entwicklung im traditionellen deutschen Schulsystem gesteuert werden kann, so lohnt sich ein Blick auf die bisherige Entwicklung. Danach ist die Steigerung der absoluten Zahlen in den letzten 10 Jahren auf drei Gründe zurückzuführen:

1. Demografische Entwicklung
2. Steigender Anteil in beruflichen Schulen
3. Doppeljahrgänge in Folge der Schulzeitverkürzung in einigen Bundesländern (lässt sich nicht beziffern)

Die Zunahme der Absolventen verglichen mit 1995 geht zu ungefähr einem Drittel auf das Konto der demografischen Entwicklung. Die restlichen zwei Drittel sind auf die Zunahme in den beruflichen Schulen zurück zu führen und hier vor allem auf die Zunahme bei der Fachhochschulreife. **Den beruflichen Schulen ist es somit zu verdanken, dass die Quote der Studienberechtigten in Deutschland überhaupt erkennbar steigt.**

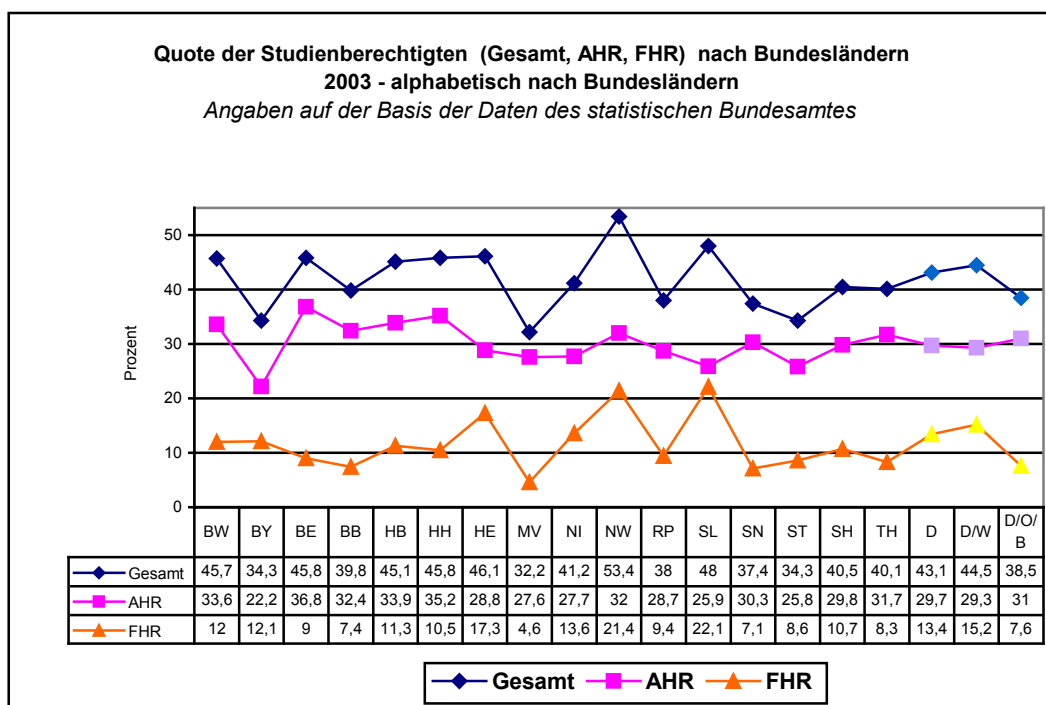
Nur ca. 76 Prozent der allgemeinen Hochschulreife werden an Gymnasien, 14,5 Prozent an beruflichen Schulen und 6,4 Prozent an integrierten Gesamtschulen erworben. Der Rest verteilt sich auf Abendschulen, Kollegs, Waldorfschulen und Externenprüfungen. (Abb. 2)

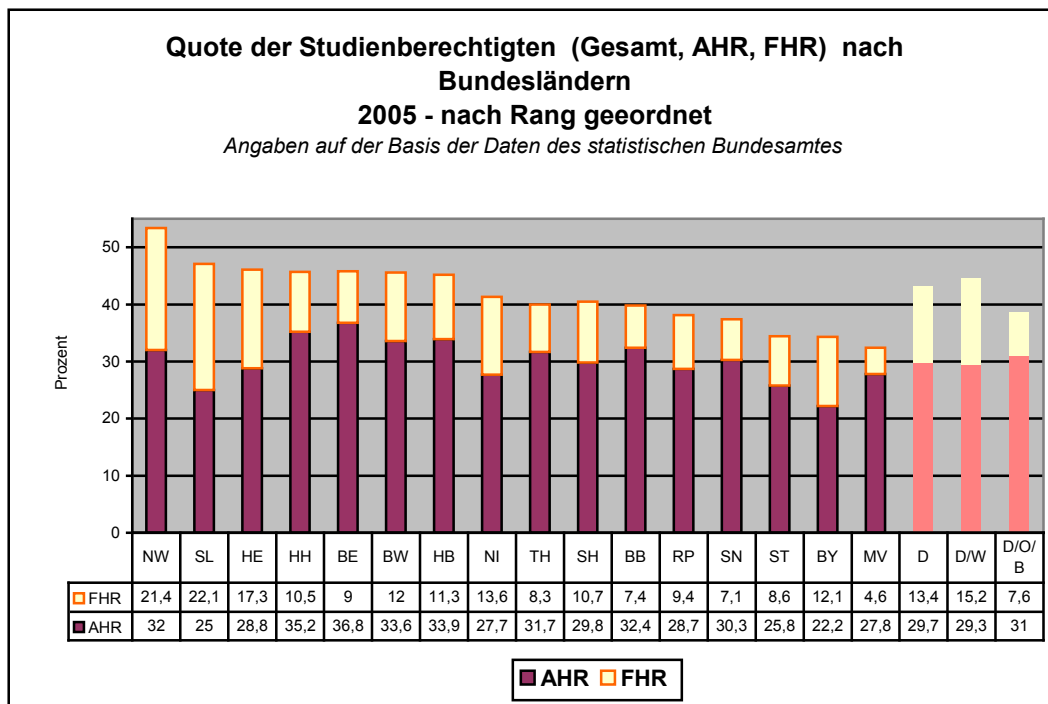
Absolventen des Schuljahres 2005/2006 mit Hochschulreife

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 1, 2005/06

Schulform	AHR	Prozent	FHR	Prozent
Berufliche Schule	39.200	14,5	116.300	90,4
Gymnasium	205.337	75,9	8.207	6,4
IGS	17.245	6,4	2.085	1,6
FWS	2.524	0,9	388	0,3
Förderschule	62	0	4	0
Abendrealschule	0	0	8	0
Abendgymnasium	2.846	1,1	1.012	0,8
Kolleg	3.210	1,2	690	0,5
Externe	251	0	13	0
Gesamt	270.675	100	128.707	100

Große Unterschiede bei den Studienberechtigten in den Bundesländern





Was fällt auf bei einem Vergleich der Bundesländer?

Will man die große Spannweite zwischen einem Anteil von mehr als 50 Prozent Studienberechtigten in Nordrhein-Westfalen und nicht einmal 30 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern nicht nur kopfschüttelnd zur Kenntnis nehmen, so liegt es nahe, Erklärungen in schulpolitischen Traditionen und ökonomischen Notwendigkeiten zu suchen.

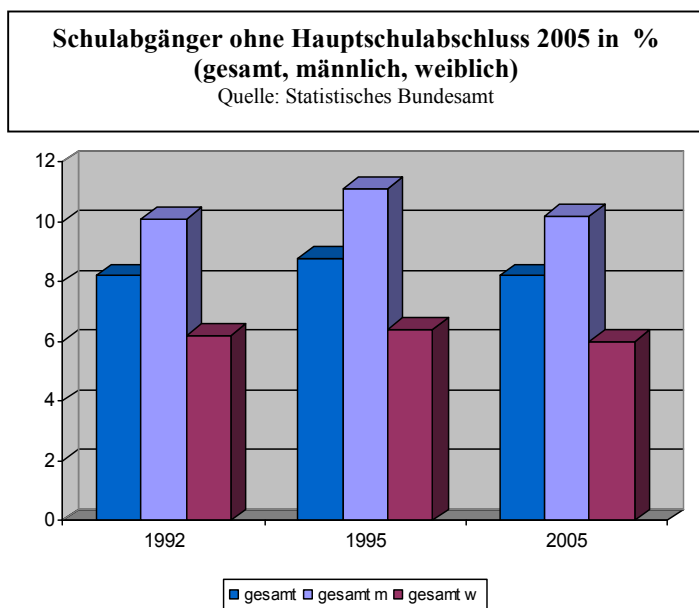
1. Die höchsten Anteile Studienberechtigten mit über 40 Prozent weisen diejenigen westlichen Bundesländer auf, die aus der Tradition einer sozialdemokratischen Bildungsreform kommen: Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Saarland. Dies sind gleichzeitig auch Bundesländer mit einem hohen Industrialisierungsgrad. Einen hohen Industrialisierungsgrad hat auch Baden-Württemberg, das als einziges konstant konservativ regiertes Bundesland auf einen Anteil über 40 Prozent kommt.
2. Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein bilden eine Gruppe westlicher Bundesländer mit einer ökonomischen Mischsituation (agrarisch mit industriellen Kernen) und wechselnder parteipolitischer Verantwortung.
3. Bayern mit seiner ausgeprägt ländlichen Struktur und ebenso ausgeprägt konservativen schulpolitischen Tradition liegt mit gerade 30 Prozent Studienberechtigten bei nur 20 Prozent AHR deutlich unterhalb des deutschen Durchschnitts.
4. Bayern bildet mit Mecklenburg-Vorpommern das Schlusslicht, allerdings auf der Basis einer unterschiedlichen Struktur: Während in Bayern die AHR-Quote ganz ungewöhnlich niedrig ist, hat Mecklenburg-Vorpommern die niedrigste FHR-Quote.
5. Alle östlichen Bundesländer bewegen sich unterhalb des deutschen Durchschnittswertes von 43,1 Prozent. Die vergleichsweise höchsten Werte erreichen Brandenburg und Thüringen, die an die Gruppe unter 2. heranreichen. Mecklenburg-Vorpommern bildet das Schlusslicht, wobei dies – im Unterschied zu Bayern – auf eine sehr niedrige FHR-Quote zurück zu führen ist. Die insgesamt niedrigere Quote in den östlichen Bundesländern dürfte vor allem zwei Gründe ha-

ben: In der DDR gab es insgesamt nur eine relativ geringe Abiturientenquote von deutlich unterhalb 20 Prozent, eine Fachhochschulreife war unbekannt. Stattdessen war die Kombination Beruf und fachgebundenes Studium gebräuchlich.

- Die Daten machen deutlich, dass es in den Bundesländern unterschiedliche Anknüpfungspunkte gibt, um die Quote der Studienberechtigten zu erhöhen. Um die internationalen Werte von nahezu 60 Prozent zu erreichen, müssten viele Bundesländer ihre Quote fast verdoppeln.

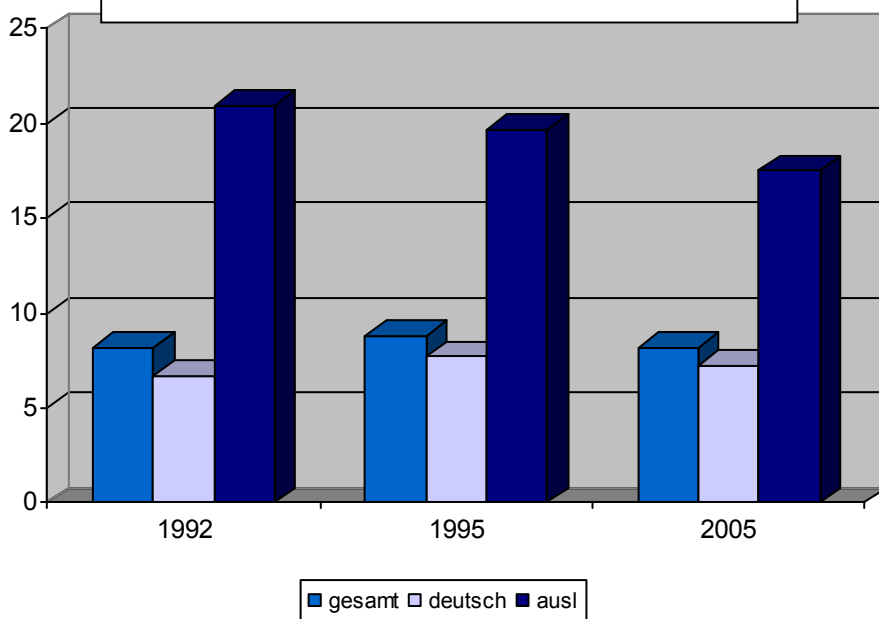
Das Lissabon-Ziel „Halbierung der Zahl ohne Hauptschulabschluss“ ist nicht mehr zu erreichen. Aber ernsthafte Anstrengungen sind nicht erkennbar.

Während der Zuwachs bei den Abiturientenzahlen dem Statistischen Bundesamt eine optimistische Pressemitteilung wert ist, wird eine andere Zahl leider nicht gemeldet, die der Abgänger ohne Hauptschulabschluss nämlich. Hier liegen der Öffentlichkeit derzeit nur die Angaben bis 2004/2005 vor. Seit 1992 liegt der Anteil junger Menschen ohne Hauptschulabschluss danach relativ konstant zwischen 8 Prozent und 9 Prozent eines Abschlussjahrgangs. Dabei haben sich die EU-Staatschefs 2000 bei der Bildungsministerkonferenz in Lissabon verpflichtet, die Zahl der Jugendlichen ohne Schulabschluss bis 2010 zu halbieren. Die deutschen Kultusminister haben ihr Votum dazu gemeinsam mit der Bundesregierung abgegeben und die Bundesbildungsministerin hat dies Ende 2006 noch einmal ausdrücklich bekräftigt. Man darf gespannt sein, wann das statistische Bundesamt die aktuellen Zahlen veröffentlicht. Und man darf ebenso gespannt sein, ob sich Deutschland den Lissabon-Zielen annähert. Bis 2010 bleiben nur noch drei Jahre Zeit. Und in den Bundesländern sind bisher keine Anstrengungen erkennbar, die es wahrscheinlich machen, dass die Ziele erreicht werden. Die hohe Zahl von Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss entsteht zum großen Teil in den Förderschulen für Lernbehinderte. Besonders große Anteile entfallen auf die männlichen ausländischen Jugendlichen. Wollte man die Zahl ohne Hauptschulabschluss halbieren, müssten zum Beispiel alle Jugendlichen an Hauptschulen einen Abschluss erhalten.



Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss 2005 in % (gesamt, deutsch, ausländisch)

Quelle: Statistisches Bundesamt



Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss 2005 in % (ausländisch, männlich, weiblich)

Quelle: Statistisches Bundesamt

